



Haushalts- und Finanzausschuss

37. Sitzung (öffentlich)

18. Januar 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:40 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting, Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 (Gemeindefinanzierungsgesetz – GFG 2007)**

7

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 14/2302, 14/2850 und 14/2884

Drucksache 14/3017

Zuschrift 14/732

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung **unverändert anzunehmen**.

Berichterstatter: Martin Börschel (SPD)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) 8

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 14/2300, 14/2850, 14/2884 und 14/2990

Drucksachen 14/3000 bis 14/3006, 14/3008, 14/3010 bis 14/3015 und 14/3020

Vorlagen 14/845 und 14/875

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Der Ausschuss berät zunächst

- Vorlage 14/875 betreffend die Stiftung Umwelt und Entwicklung 8

- die Absicht, einen Entschließungsantrag zum Thema Nachhaltigkeit zu verabschieden. 12

Anschließend wird über die **Änderungsanträge** beraten und abgestimmt. 13

*(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/3500** enthält die Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur die Diskussionsbeiträge dazu wiedergegeben.)*

Nach der Abstimmung über die Änderungsanträge und einstimmig gefasstem **Bereinigungsbeschluss** (siehe dazu *Drucksache 14/3500, Seite 4*) **empfiehlt** der Ausschuss in der **Schlussabstimmung** mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Haushaltsgesetzentwurf** der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der heute beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Ewald Groth (GRÜNE)

Im Anschluss daran macht Finanzminister Dr. Helmut Linssen Ausführungen zum **Abschluss des Haushalts 2006** und antwortet auf sich dazu ergebende Fragen. 14

3 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010 17

Drucksache 14/2301

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP bei Stimmenthaltung von SPD und Grünen, die Finanzplanung **zur Kenntnis zu nehmen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

- 4 Veräußerung des Landesanteils an der WestLB AG** 18
- Bericht von Minister Dr. Helmut Linssen (FM) 18
 - Aussprache 20
- 5 Steuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen** 25
- Zuschriften 14/696 und 14/707
- Bericht des Finanzministeriums
- Bericht von MDgt Dr. Steffen Neumann (FM) 25
 - Aussprache 26
- 6 Deutsche Bahn AG – Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?** 29
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2725
- In Verbindung damit:
- Bei der Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn den Wettbewerb auf der Schiene stärken – Eigentumsmodell bundespolitisch unterstützen**
- Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2782
- Der Ausschuss **beschließt** ohne Diskussion einvernehmlich, zu dem Antrag Drucksache 14/2725 **kein Votum abzugeben**.
- 7 Diskriminierung von eingetragenen Partnerschaften im Beamtenrecht beseitigen** 30
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2724
- Der Ausschuss **beschließt** ebenfalls ohne Diskussion einvernehmlich, den Antrag **ohne Votum weiterzugeben**.

8 Sonntags von Wettbewerb im Energiemarkt reden und montags RWE zu neuer Marktmacht verhelfen! 31

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2728

Der Ausschuss berät den Antrag abschließend.

Er **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Grünen, den **Antrag abzulehnen**.

9 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 2006 35

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 14/866

Im Rahmen einer kurzen Erörterung werden Fragen aus dem Ausschuss von den Vertretern der Landesregierung beantwortet.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die in Vorlage 14/866 dargestellte **überplanmäßige Ausgabe zu genehmigen**.

Berichterstatter: Dr. Robert Orth (FDP)

10 Steuerliche Berücksichtigung von Leistungen ausländischer Mitbürger an Verwandte im Heimatland 37

Bericht des Finanzministeriums

- Bericht von MDgt Dr. Steffen Neumann (FM) 37

- Aussprache 38

11 Einrichtung eines Unterausschusses „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushalts- und Finanzausschusses 39

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig die **Einrichtung eines Unterausschusses „Landesbetriebe und Sondervermögen“** entsprechend dem vorliegenden Beschlussentwurf vom 16. Januar 2007.

12 Verschiedenes

39

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 14/2300, 14/2850, 14/2884 und 14/2990

Drucksachen 14/3000 bis 14/3006, 14/3008, 14/3010 bis 14/3015 und 14/3020

Vorlagen 14/845 und 14/875

Schlussberatung und Abstimmung zur dritten Lesung

Vorsitzende Anke Brunn ruft zunächst zwei nach der zweiten Lesung noch zugegangene Vorlagen des Finanzministeriums zur Beratung auf.

Zur Vorlage 14/845 – betreffend die Geschäftsführergehälter bei Landesbetrieben – ergeben sich keine Wortmeldungen.

Zur **Vorlage 14/875** – betreffend die nordrhein-westfälische **Stiftung Umwelt und Entwicklung** – bezieht sich **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** auf die Debatte vom 14. Dezember. Aus seiner Sicht stelle es sich nach wie vor so dar, dass die Stiftung nicht ausreichend finanziert sei und offensichtlich geplant sei, die Stiftung plattzumachen. Das sei besonders interessant, weil der Ministerpräsident und zwei weitere CDU-Mitglieder im Stiftungsrat säßen. – Er wüsste gerne, ob sich eine Veränderung seit der letzten Ausschusssitzung ergeben habe und die Koalitionsfraktionen bereit seien, die ausreichende Finanzierung der Stiftung doch noch sicherzustellen.

Ihn interessiere ferner, ob es hinsichtlich der Bürokratiekosten eine andere Sicht der Dinge gebe. Er habe ja bereits belegt, dass die Bürokratiekosten nicht höher gewesen seien als bei anderen Stiftungen. Dabei sei natürlich klar, dass sich die Relation verschiebe, wenn man die Zuwendungssumme drastisch zurückfahre. Immerhin heiße es auf Seite 2 der Vorlage 14/875:

„Im Vergleich zu anderen Landesstiftungen erscheinen Anzahl und Vergütung der Mitarbeiter angemessen.“

Britta Altenkamp (SPD) hebt hervor, dass laut Seite 2 der vom Finanzministerium übermittelten Stellungnahme des MUNLV im Stiftungshaushalt bereits 2008 „keine ausreichenden Rücklagen mehr zur Verfügung“ stünden. Und aus dem letzten Absatz der Stellungnahme werde deutlich, dass die Personalkosten „im Vergleich zu anderen Landesstiftungen angemessen“ seien, sodass die Arbeit der Stiftung bereits 2007 kaum noch Sinn habe, wenn es so laufe, wie es die Koalitionsfraktionen offenbar wollten.

Wenn die Landesregierung wirklich die Absicht habe, zu einer neuen Konzeption und inhaltlichen Ausrichtung der Stiftung zu kommen – ob das notwendig sei, sei eine andere Frage –, müsse die Stiftung doch noch eine Substanz haben, auf deren Grundlage sie sich verändern könne. Wenn der Stiftung diese Substanz aber genommen werden solle, könne man sie gleich zumachen, und dann sollten die Regierungsfaktionen so ehrlich sein, das auch zu beantragen.

Dr. Robert Orth (FDP) bemerkt, die Stiftung sei grundsätzlich selbstständig. Sie müsse selbst entscheiden, wie sie ihr Kapital einsetze und wie viel Personal sie für notwendig erachte, und sie könne versuchen, mit ihrem Rahmen klarzukommen.

Er halte die personelle Ausstattung mit neun Stellen für recht üppig und glaube, dass das Volumen auch mit der Hälfte der Leute zu bewältigen sei. Beispielsweise sei zu fragen, ob in einer solchen Stiftung jemand hauptamtlich Pressearbeit machen müsse oder ob nicht der Geschäftsführer an die Öffentlichkeit herantreten könne und für bestimmte Aufgaben von Fall zu Fall Profis engagiere. Die FDP-Fraktion sehe jedenfalls keine Veranlassung, die Vorschläge in Zweifel zu ziehen oder gar zurückzurufen.

MDgt Dr. Günter Berg (FM) macht darauf aufmerksam, dass sich gegenüber dem Zeitpunkt der Übermittlung der Vorlage zwei Veränderungen ergeben hätten, die die Arbeit der Stiftung materiell positiv berührten.

Die erste Veränderung resultiere aus der Spitzabrechnung des Jahres 2006. Im vorigen Jahr seien Oddset-Mittel in Höhe von 10,1 Millionen € freigegeben worden. Das Mitteleinkommen betrage nun 10,9 Millionen €. An dem Mehrbetrag partizipiere die Stiftung Umwelt und Entwicklung in Höhe von rund 160.000 €.

Die zweite Veränderung betreffe die Vorauszahlungen für 2007. Das Finanzministerium sei ursprünglich davon ausgegangen, dass aufgrund der Ist-Ergebnisse nicht der gesamte Ansatz freigegeben werden könne. Inzwischen habe sich herausgestellt, dass der Gewinnsicherungsfonds eine bestimmte Grenze überschritten habe, sodass ein Betrag von 2,3 Millionen € zusätzlich an die Destinatäre ausgeschüttet werden könne. Daran partizipiere die Stiftung Umwelt und Entwicklung mit rund 510.000 €.

Daraus ergebe sich, dass für die Stiftung rund 670.000 € mehr verfügbar seien.

Zur Frage der Struktur der Personalausgaben und zu den Vorbelastungen aus Bewilligungsbescheiden sollte gegebenenfalls das Fachressort Stellung nehmen.

Ewald Groth (GRÜNE) stellt sich die Frage, wie eigentlich der Finanzminister zu den in der Vorlage 14/875 übermittelten Aussagen des Umweltministers stehe und ob es eine Meinung des Kabinetts dazu gebe.

Er habe den Eindruck, dass die Stiftung veranlasst werden solle, Personal einzusparen, indem ihr erst einmal der Hals umgedreht werde, und dann solle überlegt werden, wie man der Stiftung so viele Mittel zukommen lasse, dass sie überlebe. Er halte es für eine sehr perfide Strategie, dass die Stiftung – nach den Beschimpfungen von Herrn Lindner in der letzten Sitzung – Leute entlassen solle und dann womöglich neue Gefolgsleute dort installiert werden sollten.

Ein solches Vorgehen sei nicht der richtige Weg, Politik zu machen, auch nicht in der Umweltpolitik, und es sei schon gar nicht der richtige Umgang mit Stiftungen, die ja deshalb als unabhängige Stiftungen installiert worden seien, weil sie tatsächlich unabhängig arbeiten sollten. Wenn dort nicht richtig gearbeitet werde, müsse man das auf andere Weise klären; dafür gebe es einen Vorstand und eine Geschäftsführung. – Das,

was jetzt geschehe, sei jedoch eine Strategie, die seine Fraktion nicht hinnehmen werde; sie werde das immer wieder auf die Tagesordnung bringen.

Dr. Robert Orth (FDP) findet es erstaunlich, dass die Vertreter der Grünen offenbar nicht zwischen Meinungen und Tatsachen unterscheiden könnten. Wenn Herr Sagel die Bürokratiekosten für angemessen halte, sei das seine Meinung; damit habe er nichts „belegt“. Zu dem Thema gebe es auch eine Meinungsäußerung der Landesregierung. Auch die FDP-Fraktion habe dazu eine Meinung; sie sehe nach wie vor dort ein Einsparpotenzial. In der Zukunft werde man feststellen, wessen Ansicht die richtige gewesen sei.

Die Äußerung von Herrn Groth, es habe in der letzten Sitzung „Beschimpfungen“ durch Herrn Lindner gegeben, weise er zurück. Herr Lindner habe lediglich die Presseberichterstattung wiedergegeben. – Dagegen halte er es für unangemessen, wenn Herr Groth in dieser öffentlichen Ausschusssitzung sage, der Stiftung solle der „Hals umgedreht“ werden.

Britta Altenkamp (SPD) entgegnet, der Umgang mit der Stiftung Umwelt und Entwicklung wecke nun einmal Assoziationen, die etwas mit Tod zu tun hätten, auch wenn es sich nach dem Beitrag von Herrn Dr. Berg nicht um ein plötzliches, sondern um ein langsames Sterben handele. Dazu wüsste sie übrigens gern, wie viele dieser zusätzlichen Mittel aufgrund des entsprechenden Antrages der Koalitionsfraktionen der Stiftung Wohlfahrtspflege mehr zur Verfügung stünden.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) findet es interessant, dass zu dieser Debatte nicht die CDU-Kollegen, sondern seitens der Regierungsfractionen nur die Ideologen von der FDP redeten, die schon im Vorfeld erklärt hätten, sie wollten die Stiftung plattmachen. Herr Lindner habe am 14. Dezember im Ausschuss erklärt (*siehe APr 14/327, Seite 11*):

„Damit habe ich allerdings nicht, lieber Herr Sagel, zum Ausdruck bringen wollen, dass dort nicht handwerklich, organisatorisch, administrativ korrekt gearbeitet werden würde. Ich wollte aber unterstreichen, dass nach meinem sicheren Eindruck diese Stiftung zumindest in Teilen auch ein Tendenzbetrieb ist.“

Auch von Verfassungswidrigkeit habe Herr Lindner in dem Zusammenhang gesprochen.

Die Darstellung Dr. Orths, dass er, Sagel, nur seine Meinung geäußert habe, sei nicht richtig. Er habe vielmehr Zahlen aus dem Geschäftsbericht zitiert, die niemand widerlegen könne. – Was die FDP demgegenüber vortrage, sei reine Ideologie. Presseberichte seien nun einmal keine Tatsachen.

Nach wie vor sei es Tatbestand, dass anscheinend die Stiftung, in der der Ministerpräsident den Vorsitz habe, plattgemacht werden solle. Die CDU schaue zu und lasse die FDP offensichtlich gewähren.

Volkmar Klein (CDU) erwidert, durch das Handeln der Koalition werde deutlich, dass die Thematik als wichtig angesehen werde. Ansonsten wären nicht zwei Minister an der Arbeit der Stiftung beteiligt und auch nicht ein so renommierter Außenpolitiker wie Karl Lamers als ihr Vorsitzender installiert worden. Anders als die Mitglieder der Grünen

Fraktion glaube er allerdings, dass die Stiftung entideologisiert werden müsse. Das laufe jetzt sehr erfolgreich.

Die Berichte der letzten Zeit zeigten, dass die finanziellen Grundlagen dieser Stiftung und anderer Stiftungen nicht mehr tragfähig seien. Auch aus der Sportstiftung und aus Stiftungen im Kulturbereich höre man Notrufe wegen der wegbrechenden Oddset-Mittel. Deswegen müsse die Stiftung Umwelt und Entwicklung nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell auf neue Füße gestellt werden. Daran sollten die Fraktionen gemeinsam arbeiten und dieses Thema nicht für Grabenkämpfe nutzen.

Das, was Herr Dr. Berg berichtet habe, finde er sehr erfreulich, weil es die Arbeit erleichtere. Für den Zeitraum ab 2008 bestehe allerdings Zeitdruck, die wegbrechenden Oddset-Mittel – was nichts mit Entscheidungen der Koalition, sondern mit dem Spielverhalten der Menschen zu tun habe – durch eine neue, zukunftsfähige Konzeption zu ersetzen.

Christian Lindner (FDP) hat Verständnis dafür, wenn Herr Sagel seinen Frust darüber, dass er nicht mehr in der Gestaltungsverantwortung sei und seine persönlichen Karriereziele nicht erreichen könne, herauslasse. Wenn er aber aus Protokollen zitiere, sollte er das vollständig tun und nicht suggerieren, er – Lindner – hätte von Verfassungswidrigkeit der Stiftung gesprochen. – Wie sich aus dem Protokoll ergebe, habe er am 14. Dezember gesagt (*siehe APr 14/327, Seite 11*),

„... dass sich die Sprecherin der Stiftung selbst als Anarchistin bezeichnet – fraglich übrigens, wie das mit dem Grundgesetz vereinbart werden kann.“

Er habe also nur diese Frage gestellt. – Im Übrigen habe Herr Sagel angekündigt, das juristisch prüfen zu lassen. Auf das Ergebnis warte er. Wenn Herr Sagel der FDP Ideologie unterstelle, sei das, was er mache, Demagogie.

Natürlich habe die FDP-Fraktion ein Interesse an der Stiftung, auch wenn sie sich verändern müsse. Auf der anderen Seite sei festzustellen, dass man nicht den Willen des Haushaltsgesetzgebers durch die Einrichtung von Stiftungen dauerhaft, auch über die Legislaturperiode hinaus, binden könne.

Die Koalition habe den festen Willen, insbesondere die Stiftung Wohlfahrtspflege in den Stand zu setzen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Weil sich das finanzielle Volumen verändert habe, habe das bereits zu einer Konsequenz geführt, die die Koalition politisch entschieden habe. Das, was zum Thema Bürokratieabbau bei der Stiftung Umwelt und Entwicklung diskutiert werde, sei nicht das Ziel dieser Maßnahme, sondern werde eine Konsequenz sein, die die Stiftung selbst beraten und beschließen müsse.

Ewald Groth (GRÜNE) entgegnet Herrn Klein, wenn er von „entideologisieren“ spreche, müsse er auch den Beweis antreten, dass dort ideologisch gearbeitet worden sei. Wenn die Landesregierung und auch Herr Lindner bestätigten, dass in der Stiftung administrativ korrekt gearbeitet worden sei, passe es nicht dazu, der Stiftung zuerst die finanzielle Füße wegzuschlagen und ihr danach wieder, wenn auch im geringeren Umfang, Mittel zukommen zu lassen. Er bitte die Koalitionsfraktionen, das zusammenzubringen, was sie inhaltlich wollten, und gegebenenfalls zu belegen, wo etwas falsch gelaufen sei, das eine Neuausrichtung erfordere. Das gehe aber nicht, indem man der

Stiftung den finanziellen Boden entziehe. Wenn man mit ihr tatsächlich etwas anfangen wolle, müsse sie ausreichend finanziell ausgestattet sein.

Er könne sich nicht vorstellen, dass die Mehrheit Herrn Lindner folgen wolle. Stiftungen würden doch nicht geschaffen, um sie zum Ende einer Legislaturperiode eingehen zu lassen. – Und was die persönlichen Angriffe Herrn Lindners betreffe, wünsche er sich, dass Herr Lindner seinen Frust mit seiner Partei ausmache, aber nicht in das Parlament hineintrage, wo es über alle Fraktionsgrenzen hinweg um Landesangelegenheiten gehe.

Auch **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** bittet, persönliche Dinge draußen zu lassen. Er habe sich sachlich geäußert. – Herr Lindner habe übrigens am 14. Dezember Folgendes gesagt (*siehe APr 14/327, Seite 11*):

„Der einschlägigen Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass sich die Sprecherin der Stiftung selbst als Anarchistin bezeichnet – fraglich übrigens, wie das mit dem Grundgesetz vereinbart werden kann.“

Er habe also die Presseberichterstattung als Tatsache hingestellt und daraus die Frage habe, ob das mit dem Grundgesetz vereinbart werden könne. Heute versuche Herr Lindner, sich da herauszureden.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) stellt fest, in seiner Vorlage vom 8. Januar habe das Finanzministerium die Stellungnahme des Ministers für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zitiert. Das sei auch selbstverständlich, denn das Fachressort habe viel mehr Einblick in die Details.

Als Finanzminister meine er mit dem Umweltminister, dass der dargestellte Stellenplan eine komfortable Ausstattung für eine gut gehende Stiftung sei. Es gehe aber kein Weg daran vorbei, dass das finanzielle Volumen der Stiftung enger geworden sei. Sie habe offensichtlich von sich aus die richtigen Konsequenzen gezogen und plane 2007 einen Abbau von Personal- und Verwaltungskosten in Höhe von 570.000 €. Es sei das Normalste von der Welt, dass bei einem knapperen Etat auch die Verwaltung verkleinert werde.

Im Übrigen habe Dr. Berg vorgetragen, dass der Stiftung Umwelt und Entwicklung 670.000 € zusätzlich zur Verfügung gestellt würden. Die Rücklage für Förderverpflichtungen 2008, die laut Seite 3 der Vorlage 230.000 € betrage, könne damit auf 900.000 € erhöht werden. Frau Altenkamp habe ein langfristiges Siechtum vorausgesagt. Der Ausschuss könne sicher sein, dass die Landesregierung das nicht vorhabe und dass das auch so nicht eintreten werde.

Vorsitzende Anke Brunn erinnert sodann an die Absicht, einen **Entschließungsantrag zum Thema „Nachhaltigkeit“** zu verabschieden, und teilt mit, bislang existiere zwar ein Entwurf, aber noch keine Verständigung über eine gemeinsame Stellungnahme der Fraktionen zu diesem Thema. Wenn das gewünscht werde, müsse das so rechtzeitig geschehen, dass der Antrag in der dritten Lesung des Haushaltes verabschiedet werden könne. Die Obleute sollten sich über das weitere Vorgehen verständigen.

Gisela Walsken (SPD) betont, die SPD-Fraktion wünsche, zum Thema „Nachhaltigkeit“ einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden. Der vorliegende Entwurf erscheine noch verbesserungsfähig. Sie halte es aber für nachdenkenswert, ob noch die eine oder andere Formulierung ins Haushaltsgesetz aufgenommen werden sollte, was aber eine weitere Beratung erforderte. Sie schließe sich dem Verfahrensvorschlag der Vorsitzenden an, sich kurzfristig zusammzusetzen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) betont, das Anliegen der Grünen ziele in die gleiche Richtung wie das von Frau Walsken Ausgeführte. Es sollte ernsthaft versucht werden, einen gemeinsamen Antrag zu verabschieden. – **Volkmar Klein (CDU)** schließt sich den Ausführungen der Vorredner an und verweist darauf, dass seine Fraktion schon einige Vorleistungen erbracht habe.

Anschließend ruft **Vorsitzende Anke Brunn** die vorliegenden **Änderungsanträge** zur Beratung und Abstimmung auf.

(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/3500 enthält die Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur die Diskussionsbeiträge dazu wiedergegeben.)

Zum Änderungsantrag zu **Kapitel 11 330 – Versorgungsämter** – äußert **Britta Altenkamp (SPD)**, sie verwundere die Ausbringung des Haushaltsvermerks zu Minderausgaben, weil man im Unterausschuss „Personal“ eine sehr gute und transparente Berichterstattung zu dem Stand der Umstrukturierungsmaßnahmen erhalten habe. Danach seien erstens bislang keine Entscheidungen gefallen, und zweitens werde bis dahin noch einige Zeit vergehen, weil noch Angebote geprüft würden. Deshalb finde sie es rätselhaft, wie ein Antrag zustande komme, wonach Minderausgaben anders verortet werden sollten. Nach der Berichterstattung erscheine es höchst fraglich, ob es überhaupt nennenswerte Minderausgaben geben werde.

Auf eine entsprechende Frage der **Vorsitzenden Anke Brunn** zum Änderungsantrag zu **§ 21 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes** betreffend **atomrechtliche Deckungsvorsorge** legt **MDgt Dr. Günter Berg (FM)** dar, das Atomgesetz erstrecke sich nicht nur auf Jülich, sondern auch auf die Kliniken und Universitäten. Bislang habe das Land für solche Risiken eine Deckungsvorsorge gegeben. Das Land hafte für Schäden und Folgen aus seiner eigenen Steuerkraft. Jetzt seien die Universitäten und Hochschulen selbstständige Körperschaften. Damit nicht jede Hochschule eine eigene Deckungsvorsorge schaffen müsse, solle der bisherige Status bestehen bleiben und das Land weiter die Deckungsvorsorge tragen.

Zum **Gesamthaushalt** kündigt **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** an, die Grünen stellen heute keine weiteren Anträge mehr; wohl aber werde zur dritten Lesung ein Entschließungsantrag vorgelegt, weil sehr deutlich gemacht werden müsse, wo die Defizite im Landeshaushalt 2007 lägen. Nach wie vor handele es sich für die Grünen beim vorgelegten Haushaltsentwurf nicht um einen Sparhaushalt. Zudem enthalte der Haushaltsentwurf Subventionstatbestände etwa bei den Flughäfen, bei der Landwirtschaftskammer und bei der Steinkohle. Die Grünen hätten dargelegt, wie diese sich den Haushalt vorstellten; ihr Vorschlag liege im Ergebnis sogar unterhalb der vom Finanzminister geplanten Neuverschuldung.

Für die Landesregierung stellten die Kommunen quasi das „Sparschwein“ dar. Insbesondere werde bei der Kinder- und Jugendpolitik massiv gespart, während an anderen Stellen viel Geld ausgegeben werde. Der Finanzminister sei wegen der Steuermehreinnahmen ein Glücksritter. Diese zusätzlichen Einnahmen führten dazu, dass der Haushalt auch mit Blick auf die Neuverschuldung besser ausfalle, als es die Landesregierung ursprünglich selber geplant habe. Diese Besserung gehe aber nicht auf die Politik der Landesregierung zurück, sondern auf die verbesserte Konjunktur. Die Landesregierung betreibe dennoch weiter einen massiven Sozialabbau; Ministerpräsident Rüttgers stehe an der Spitze der Sozialabbauer.

Nach einstimmig gefasstem Bereinigungsbeschluss empfiehlt der **Ausschuss** in der Schlussabstimmung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Haushaltsgesetzesentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung unter Berücksichtigung der heute beschlossenen Änderungen anzunehmen, und bestellt Ewald Groth (GRÜNE) als Berichterstatter.

Vorsitzende Anke Brunn führt anschließend aus, der Finanzminister habe angeboten, einige Ausführungen zum **Abschluss des Haushalts 2006** zu machen, und erteilt ihm dazu das Wort.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) führt aus:

Das Ergebnis 2006 ist dank der Sparanstrengungen und der guten Konjunktur erfreulich. Wir hatten erhebliche Steuermehreinnahmen. Beim Nachtragshaushalt ist die Nettoneuverschuldung auf 4,1 Milliarden € reduziert worden. Im Oktober sind 300 Millionen € mehr Steuern eingegangen, im November gab es keine Mehreinnahmen. Im Dezember, der schon im Jahr 2005 recht gut war, hat das Land noch einmal knappe 300 Millionen € mehr eingenommen. Die Steuermehreinnahmen umfassen insgesamt 599 Millionen €. Beim Haushaltsabschluss wurden noch 270 Millionen € eingespart, die sich aus vielen Posten zusammensetzen.

Da in der letzten Zeit die Steuerschätzungen in diesem Ausschuss immer eine besondere Rolle gespielt haben, mache ich darauf aufmerksam, dass der Presseerklärung auch noch eine Einschätzung der Konjunkturforscher für die Jahre 2005 und 2006 angehängt wurde. Während für das Jahr 2005 die Einschätzungen aller

Konjunkturforscher zu hoch gewesen sind, wurden für das Jahr 2006 zu niedrige Einschätzungen vorgenommen. Das heißt, es sind enorme Differenzen aufgetreten. Vor diesem Hintergrund halte ich es nach wie vor für richtig, dass wir auf der Basis der vorliegenden Steuerschätzungen den Haushaltsansatz vornehmen. Der jetzige Steueransatz für das Jahr 2007 basiert auf dem Steuerschätzerbefund von November 2006. Dort sind Korrekturen sowohl nach oben als auch nach unten vorgenommen worden.

Zu dem von Frau Walsken beabsichtigten Deckungsvorschlag über 340 Millionen € aus den Steuermehreinnahmen will ich sagen, dass ihr vielleicht gewisse Risiken entgangen sind, die z. B. bei der Erbschaftsteuer liegen, je nachdem, wann das Gesetz in Kraft tritt. Und der Meilike-Fall, der durch die Presse ging, weil der Bundesfinanzminister ihn mit 5 Milliarden € Steuerausfall beschrieben hat, findet selbstverständlich in unserem Steueransatz Berücksichtigung. Wir möchten den Oppositionsfraktionen nicht die Gelegenheit geben, uns dabei zu erwischen, einen zu hoch etatisierten Ansatz zurücknehmen zu müssen. Ich bin relativ sicher, dass dies auch nicht passieren wird.

Gisela Walsken (SPD) führt aus, die Annahme ihrer Fraktion habe sich als richtig erwiesen, dass bei positiven Wachstumstendenzen die Einnahmen Spielräume zuließen. Die von der SPD-Fraktion genannten Zahlen seien vorsichtig angesetzt gewesen; sie seien an allen Stellen durch die tatsächlichen Einnahmen überschritten worden. Gerade hätten nach einem „Handelsblatt“-Bericht alle großen Institute auch für 2007 sprudelnde Steuereinnahmen prognostiziert. Nicht nur die Unternehmensteuereinnahmen stiegen an, sondern andere Steuerarten entwickelten sich ebenfalls positiv.

Stutzig mache die SPD-Fraktion, dass der Finanzminister sich noch immer weigere, die Ansätze für die Steuereinnahmen für den zu verabschiedenden Haushalt 2007 an die Realität anzupassen. Dabei sage der Finanzminister nach einer Presserklärung selber, dass die Steuereinnahmen deutlich höher ausfallen würden.

Sie bitte den Minister, auch zu erläutern, wie dieser zu den deutlichen Minderausgaben von 220 Millionen €, insbesondere beim Personal, gelange, weil nach Aussagen ihrer Kollegen aus dem Unterausschuss „Personal“ die Stellenzahl um 160 zugenommen habe. Außerdem fehle in der Einsparsumme ein Betrag von knapp 100 Millionen €. Dazu bitte sie um eine Information.

Die von der SPD-Fraktion zum Haushalt angesetzten Beträge hätten noch an keiner Stelle vom Finanzminister widerlegt werden können. Es habe sich im Gegenteil deutlich gezeigt, dass diese Ansätze in der Tendenz völlig richtig gelegen hätten.

Minister Dr. Helmut Linssen (FM) nimmt Stellung, die Landesregierung habe im Gegensatz zur SPD-Fraktion Risiken der November-Steuerschätzung einkalkuliert. Er habe schon vor der Presse gesagt: Wenn die Mai-Steuerschätzung andere Zahlen ergeben sollte, würden Korrekturen vorgenommen. Er habe an keiner Stelle erklärt, dass er steigende Steuereinnahmen erwarte, sondern lediglich gesagt, dass die Steuerschätzer vielleicht zu besseren Ergebnissen kommen könnten, wenn die Wachstumszahlen angeglichener würden. Entscheidend werde sein, auf welcher Wirtschaftswachstumsprog-

nose die Steuerschätzer arbeiteten. Wenn der Bundeswirtschaftsminister diese Prognose anhebe, sei das schön; bekanntlich habe es in der Vergangenheit auch immer ein kleines Timelag gegeben.

Vor diesem Hintergrund sollte getrost die Entwicklung abgewartet werden. Es machte ohnehin keinen Unterschied, wenn er solche Beträge etatisierte, denn anders als die SPD-Fraktion, die das Geld ausgeben wolle, wünschten die Koalitionsfraktionen Mehreinnahmen für die Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu verwenden.

Die Frage nach den Einsparungen beim Personal werde schriftlich beantwortet.

